

II— 2145 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 14. Feb. 1973

No. 1067/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Scrinzi, Dr. Schmidt, Welter und Genossen,  
an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz  
betreffend Verwendung von Streusalz als Auftaumittel für  
Schneefahrbahnen.

Den alarmierenden Ergebnissen jüngster Untersuchungen des Instituts für forstliche Standortforschung der Hochschule für Bodenkultur zufolge ist bei einer Fortsetzung der bisher üblichen Salustreuung mit ungeheuren Schäden sowohl an Baum- und Stauchbeständen als auch in der Bodenstruktur zu rechnen, bzw. in weiterer Folge mit einem vollkommenen Absterben des Grünbestandes in Stadtgebieten.

Bäume entlang von Autostraßen und Fahrbahnen nehmen als Folge der Besprühung mit Salzblösung oft schon im Sommer Herbstfärbung an, ihr Mineralstoff- und Wasserhaushalt wird gestört, was zu einem fortschreitenden Ausdörren und schließlich zum Absterben der Bäume führt. Niedriger wachsende Sträucher werden in ihrem Wachstum regelrecht erstickt.

Zum anderen Teil kommt es beim Versickern der Streusalzlösungen im Boden zu einer Verdrängung wichtiger Pflanzennährstoffe, zu einer direkten Schädigung der Bodenorganismen und der Baumwurzeln.

Insbesondere in Großstädten, wo das verseuchte Erdreich weit unter Gehsteig und Straßendecke reicht, ist die Situation bereits so kritisch, daß selbst bei einem sofortigen Stop der Salzstreuung die Folgen an den Bäumen noch einige Jahre lang spürbar wären.

Angesichts dieser besorgniserregenden Umstände, aber auch im Hinblick auf die umstrittenen Korrosionsfördernde Wirkung des Streusalzes und die damit verbundenen jährlich entstehenden beträchtlichen Schäden an Kraftfahrzeugen richten die

--2--

unterzeichneten Abgeordneten an die Frau Bundesminister für  
Gesundheit und Umweltschutz die

A n f r a g e:

Wurden seitens Ihres Ressorts beim Bundesministerium für Bauten  
und Technik Schritte unternommen, um die dringend gebotene Wahr-  
nehmung der ökologischen Aspekte in diesem Zusammenhang sicher-  
zustellen?

Wien, den 14.2.1973